

Reparatur-Dock für Schleuse ein Muss

Vorsitzender des Nautischen Vereins fordert die Freigabe der Mittel für das 30-Millionen-Projekt am Brunsbütteler WSA-Betriebshafen

BRUNSBÜTTEL Klare Worte fand Kapitän Bernd Appel, Vorsitzender des Nautischen Vereins Brunsbüttel, zur Situation im Nord-Ostsee-Kanal. Vor 260 geladenen Gästen aus Politik und Wirtschaft beim Nautischen Essen in Brunsbüttel unterstrich Appel die Forderung nach einem Ersatztor für die Großen Schleusen, das für den Fall einer Kollision vorgehalten wird und so möglichst schnell für einen reibungslosen Ablauf der Schiffspassagen sorgen soll.

Kollisionen, so Appel, könnten sich jederzeit ereignen. Zuletzt hatte es zwei Mal kurz hintereinander gekracht, die Große Nordkammer ist außer Betrieb, das Ersatztor steht in Kiel im Dock. Keine ideale Lösung, so Appel: „Die Vorhaltung eines funktionsfähigen Ersatztors muss von der Kanalverwaltung jederzeit sicher gestellt werden können.“

erinnerte daran, dass es Pläne im Bereich des Betriebshafens vom Brunsbütteler Wasser- und Schifffahrtsamt (WSA) für ein eigenes Schleusendock gebe. Das ist mit rund 30 Millionen Euro veranschlagt. Das Geld steht vom Bund derzeit nicht zur Verfügung. Appel skizzierte ein Horror-Szenario für die maritime Wirtschaft: „Ich möchte hier keine Katastrophe an die Wand malen, aber sollte es eine weitere schwere Torkollision in Brunsbüttel geben, wäre der Kanal für mehrere Wochen für größere Schiffe nicht mehr befahrbar. Das wäre ein Dolchstoß für den NOK, mit weitreichenden Folgen!“ Deshalb müssten die Mittel für den Bau des Docks unverzüglich bereit gestellt werden.



Die niedersächsische Wirtschafts-Staatssekretärin Daniela Behrens war Gast beim Nautischen Verein. Rechts dessen Vorsitzender Kapitän Bernd Appel. PÖSCHUS

Unterstützung bekam Bernd Appel von politischer Seite. Die niedersächsische Wirtschafts-Staatssekretärin Daniela Behrens, die den erkrankten Minister Olaf Lies vertrat, betonte, auch Niedersachsen sei an einem funktionsfähigen Nord-Ostsee-Kanal interessiert. Zugleich mahnte sie, der Bund müsse die veranschlagten Gelder für die komplette Ertüchtigung der meistbefahrenen künstlichen Wasserstraße der Welt zur Verfügung stellen. Das ist ein Gesamtpaket über 1,5 Milliarden Euro für die Schleusen in Brunsbüttel und Kiel sowie den Ausbau der östlichen Strecke. „Die Entwicklung des Nord-Ostsee-Kanals ist alternativlos!“, bekundete Behrens.

Sie gab aber auch zu, dass es für die norddeutschen Länder unverändert schwierig sei, sich Gehör zu verschaffen für wichtige Infrastruktur-Maßnahmen. „Das müssen wir immer wieder den süddeutschen Ländern erklären.“ Wichtig sei daher auch der Schlußschluss der fünf norddeutschen Küstenländer, um mit einer Stimme zu sprechen. Denn letztlich gehe es auch darum, die unverzichtbaren Hinterlandverbindungen an die Häfen zukunftsfähig zu machen – und diese Vorhaben in den Bundesverkehrswegeplan zu hieven. „Wir dürfen nicht nachlassen!“, forderte Behrens. Denn gerade die Hafenvirtschaft mit ihren vielen Arbeitsplätzen müsse gestärkt werden.

Eine gute Nachricht hatte die Staatssekretärin auch im Gepäck, obwohl sie bei diesem Thema nicht konkret wurde. Daniela Behrens ließ durchblicken, dass es schon im Sommer zu einem Wiederaufleben der seit Jahren gewünschten Fährverbindung zwischen Brunsbüttel und Cuxhaven kommen könnte.

Passend dazu stellte Dithmarschens Kreispräsident Hans-Harald Böttger fest: „Brunsbüttel ist das Tor in die Region.“ Inzwischen hätten das auch „Beamte und Politiker in Berlin begriffen“. Auch Böttger zielt auf eine zeitgemäße Infrastruktur ab. Wenn die Verbindung wäre, hätte die gesamte Westküste die Chance, sich ein Profil als Wirtschaftsraum zu schaffen.

Ganz so einfach werde es aber nicht sein, diesen Gedanken umzusetzen, erklärte Bernd Appel. „Der mit den Häfen unabdingbar verbundene Ausbau der Infrastruktur und der Flächenverbrauch stößt zunehmend auf Widerstand der betroffenen Menschen, die sich durch gut organisierte Umweltverbände vertreten lassen.“ Folge: „Die sinnvolle wirtschaftliche Entwicklung wird zunehmend einer ‚Erhaltungsmentalität‘ untergeordnet.“ Bestes Beispiel ist für ihn in diesem Zusammenhang die Elbvertiefung. Die Entscheidung des Bundesgerichtshofs über die so genannte Fahrrinnenanpassung werde Auswirkungen auf Großprojekte an der Küste haben. Appel: „Man stelle sich vor, Hamburg würde seine Pläne für den Neuwerker Vorhafen wieder aus der Schublade ziehen. Damals, zu Zeiten der Ölkrise ein visionärer Plan, der leider zu früh beerdigt wurde. Nur der Gedanke daran, würde heutzutage eine riesige Protestwelle auslösen.“ Außer Frage stehe für ihn: „Natürlich sollen alle Belange des Naturschutzes berücksichtigt werden, aber unsere wirtschaftliche Grundlage darf dadurch nicht unterminiert werden.“

Ralf Pöschus